

Prof. Monika Grütters, MdB
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien
Deutscher Bundestag

Medienempfang des Erzbistums Berlin
Donnerstag, 9. September 2010

„Religion ist (k)eine Privatsache“

1 Petr. 3,15

**„Haltet in eurem Herzen Christus, den Herrn, heilig!
Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen,
der nach der Hoffnung fragt,
die euch erfüllt.“**

Anrede,

„Religion ist (k)eine Privatsache?“ Ist Religion Privatsache?

Was für eine Frage in diesen Tagen! Kaum etwas wird ja zur Zeit öffentlicher diskutiert als Fragen der Religion.

Und dennoch: **Natürlich** ist Religion **zuallererst Privatsache**, immer und für jeden Gläubigen.

Spannend wird es – nicht nur für eine Politikerin – bei der Frage, ob Religion **NUR Privatsache** ist oder ob die Religion, meine Religion, andere auch etwas angeht. Mit welchem Anspruch bin ich religiös, welches, auch öffentliche Handeln wird mit der Religion begründet? Darauf kann es keine allgemeingültigen Antworten geben, nur persönliche.

Im Sinne des **Petrus-Briefes** verstehe ich es als meine **Christen-Pflicht, Zeugnis abzulegen** und anderen erfahrbar zu machen, dass ein Leben aus dem Glauben innere Stabilität, Orientierung und Zukunft schenkt.

In diesem Geist bin ich eine **politisch engagierte Christin**. Ich gehöre der Partei an, die das berühmte C in ihrem Namen trägt, sich also fortwährend mit dem Spannungsverhältnis zwischen Politik und Religion auseinandersetzt.

Lassen Sie mich einige **Thesen** dazu versuchen (so wie es in der Einladung steht):

1.

Wenn wir, gerade als gläubige Christen, nicht nur vordergründig tagespolitisch handeln, sondern es uns in der Aktualität auch immer wieder auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens besinnen, dann heißt das nicht nur, aber insbesondere in der heißen Debatte dieser Tage:

Wir müssen den **Kernansatz** unserer Verfassung „**die Würde des Menschen ist unantastbar**“ lebendig halten und versuchen, ihn als allgemein verpflichtende Orientierung im Bewusstsein unserer Bevölkerung zu verankern. Dieses Menschenbild hat seine **Quelle im christlichen Glauben**, in dem der **Mensch Ebenbild Gottes ist** und daraus abgeleitet **jeder Mensch dieselbe** Würde und alle damit verbundenen Ansprüche und Verpflichtungen hat.

Eine **humane Zukunft** wird es nur geben, wenn wir uns dieser Überzeugung immer wieder vergewissern. So jedenfalls kann eine **christlich begründete Kultur des Zusammenlebens** aussehen.

(Aus aktuellem Anlass: Wer aufgrund eines öffentlichen Amtes mit dem Anspruch auftritt, hieran gemessen zu werden, der sollte zumindest auch sehr vorsichtig mit dieser Amtsverantwortung umgehen.

Ein Minister, ein Bischof oder ein Bundesbanker muss wissen, dass er in öffentlichen Erklärungen nicht nur seine persönlichen Auffassungen und Meinungen zum Ausdruck bringen kann, sondern damit immer auch die Institution in Anspruch nimmt, für die er handelt...)

2.

Für die Christen aber geht es um weit mehr noch: wir wollen das Gebot der **Nächstenliebe** anerkennen als das eigentliche Motiv für das menschliche Engagement, das so eben auch weit **über reine Nützlichkeitsabwägungen** eines Gegenseitigkeitsprinzips hinausweist.

Und das gilt nicht nur für die Privatsache Religion, sondern erst recht im öffentlichen Leben. Hat nicht die jüngste große Krise einmal mehr zu der Erkenntnis geführt, dass **purere Pragmatismus** und auch ein besserer Mix von ökonomischen und sozialen Maßnahmen auf Dauer nicht ausreichen, um den notwendigen Zusammenhalt zu definieren? Geht es nicht vielmehr um die **Werte jenseits von Angebot und Nachfrage**? Nicht nur auf dem Finanzmarkt wurde Vertrauen als die entscheidende Größe für den Erfolg festgestellt – **Vertrauen** ist in jeder Hinsicht die Basis für ein gelingendes Miteinander.

3.

Christliche Glaubensüberzeugungen im Privaten wie im Politischen sind für mich wesentliche Grundorientierungen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind (nicht nur im Grundsatzprogramm der CDU) keine leeren Floskeln. Sie sind der Maßstab all unseren (partikularen) Handelns, an dem sich einzelne politische Maßnahmen immer wieder messen lassen müssen.

Das Prinzip der **Subsidiarität**, die **Soziale Marktwirtschaft** als das humanste Gesellschaftsmodell weltweit, der **Verzicht des Staates** auf allzu kleinliche Gängelung, die **Freiheit des Einzelnen** und seine Möglichkeiten zur freien Entfaltung, differenzierte, **begabungsgerechte Bildungsangebote**, eine **Kulturpolitik**, die gesellschaftliche Zusammenhänge und Vielfalt im Blick hat – die Liste konkreter, am christlichen Menschenbild orientierter Politikbeispiele ließe sich verlängern...

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch eine Bemerkung in eigener **kulturpolitischer Sache**:

Die notwendige **Einheit einer Gesellschaft und einer Nation** setzt eine Selbstvergewisserung durch die eigene Kultur und Identität voraus. Nur wer seine eigene Kultur kennt und schätzt, kann mit Menschen anderer kultureller Prägungen in einen fruchtbaren Dialog treten.

Kultur-Politik sucht (mehr als andere Politikfelder) ähnlich wie es die **Kirchen** und ihre Gläubigen tun, immer nach Antworten auf diese Frage nach den Zusammenhängen, nach den Kräften und **Werten**, die unsere Gesellschaft verbindet. Und gerade die Kunst (in allen Sparten), die Künstler selbst sind es, die auch immer die Grenzen ausloten, die um Antworten auf letzte Fragen nach dem Leben, nach dem Tod, nach dem Wesen des Menschen ringen. (Und – erlauben Sie mir an dieser Stelle eine leise Kritik:)

Es ist gerade vor diesem Hintergrund schon erstaunlich, **wie wenig die großen Kirchen in Deutschland sich in kulturpolitische Debatten** einmischen – viel weniger jedenfalls als in sozialpolitische. Dabei wäre es so wichtig! Auch als Ausschussvorsitzende werbe ich immer wieder für diesen erweiterten Kulturbegriff.

Nicht nur die Fürsorge für die Einrichtungen in unserer Verantwortung ist dort gefragt, sondern **um nationale Identität** – in welcher Ausprägung auch immer – geht es. Und die erwächst zuallererst aus dem Kulturleben eines Landes.

Das **kulturelle Erbe** und die Ermöglichung der intellektuellen und **künstlerischen Avantgarde** – das sind unsere Aufgaben. Hier spielt die **Religion, spielen die Religionen (!)** eine evidente Rolle. Mehr denn je sind – meine ich - die Kirchen buchstäblich gefragt (Humboldt-Forum, Integration, multiethnische Gesellschaften, alles Fragen des Gedenkens (!) und der Aufarbeitung auch unserer schwierigen Vergangenheit in Deutschland, kommunale Kulturfinanzierung als Gesellschaftsaufgabe, kulturelle Bildung, Umgang mit Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern, niederschwellige Kultur- und Bildungsangebote, Musikunterricht als Instrument der Sozialisierung, usw.).

Die Kulturpolitik weiß, dass sie es mit einem wichtigen Gesellschafts- und Standortfaktor zu tun hat. Vielmehr aber ist Kultur aber immer auch **Ausdruck von Humanität** – **das** verbindet uns.

4.

Wenn Religion nicht nur Privatsache ist, stoßen wir Politiker immer wieder auch an die **Grenzen des eigenen Handelns**.

Eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik muss sich solcher **Grenzen** nicht nur des Könnens, sondern auch **des Dürfens** bewusst sein. Zum Glück können wir nicht alles, was wir wollen – aber: **wir dürfen auch nicht alles, was wir können**. Und sicher gibt es auch immer wieder **Gewissensfragen**, die nicht einfach zu beantworten sind: Stammzell-Import, Spätabtreibung oder Schwangerschaftsberatung, um nur einige aktuelle Beispiele zu nennen.

Dem damaligen **Ausstieg der Amtskirche aus der Schwangerenkonfliktberatung** steht die Initiative sozial und politisch **engagierter katholischer Laien** zum Schutz ungeborenen Lebens durch Gründung von „**Donum vitae**“ gegenüber.

Beide Seiten verwirklichen so ihre **christlichen Überzeugungen in der modernen Welt**.

Werner Remmers (damaliger Leiter der katholischen Akademie hier) hat dazu gefragt, ob die Kirche von der Politik und den Parteien eigentlich etwas verlangen soll und darf, „was sie selber nicht ausreichend leistet“ – ich lasse diese Frage im Raum stehen...

Die **Kirchen** halten aus gutem Grund **an Glaubenswahrheiten unabhängig von gesellschaftlicher Akzeptanz und Mehrheit fest**. Leider kommt es daher selten zum **Kompromiss**, wenn es um die Umsetzung eigener Überzeugungen in die gesellschaftliche Wirklichkeit geht – das Hauptprinzip **politischen** Wirkens.

Die regelmäßigen Aufforderungen des **Kölner Kardinals Meisner**, die CDU möge endlich das „C“ aus ihrem Parteinamen streichen, sind hier dann auch wenig hilfreich.

Ermutigender ist da ein sehr aufgeklärtes Verständnis von Politik und Religion des damaligen **Aachener Bischofs Klaus Hemmerle**:

„Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich einander freigeben, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher

Unterscheidung Impuls füreinander zu werden. Impuls füreinander: Denn auch das Christliche kann in seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen.“

Das gilt für die Möglichkeiten wie für die Grenzerfahrungen unseres Handelns. Mir ist es wichtig, dass wir **unser Gewissen ehrlich befragen** und in großer Souveränität unsere – gelegentlich oft **einsame** – Entscheidung im Privaten wir im politischen Raum treffen können.

5.

Norbert Lammert, unser Bundestagspräsident, hat das Verhältnis von Politik und Religion auf die griffige Formel gebracht: „Der Glaube handelt von Wahrheiten, die nicht abstimmungsfähig sind; Politik handelt von Interessen, die nicht wahrheitsfähig sind. Allein dieser **fundamentale Unterschied zwischen Wahrheiten und Mehrheiten**, Prinzipien und Interessen definiert die spezifischen Aufgaben und Kompetenzen von Kirchen und Parteien, die weder aufgebbar noch austauschbar sind.“

Interessenausgleich, für den wir in der Politik streiten, verlangt eine große Flexibilität im Denken und Handeln – die **Orientierung aber an ganz bestimmten ethischen Maßstäben** - für uns/mich die Ausrichtung am christlichen Menschenbild - ist dagegen nicht verhandelbar. Am Ende müssen Lösungen sachlich angemessen **und** ethisch verantwortbar sein. Eine besondere Herausforderung liegt zudem darin, dass ein Parlamentarier zwar bei Entscheidungen nur **seinem Gewissen verpflichtet** ist, sein **Handeln** aber stets in der **Verantwortung für sich selbst und andere** begreifen muss. Dieser Gedanke der **Eigen- wie der Fremdverantwortung** ist durchaus nicht selbstverständlich, wir müssen vielmehr immer wieder aufs Neue darum ringen.

6. Zusammengefasst:

Es bleibt schwierig. Gerade weil weder die Religion eine reine Privatangelegenheit ist noch die Politik, werden die wechselseitigen Erwartungen nie ganz zur Übereinstimmung gelangen.

Die Versuchung liegt nahe, es sich leicht zu machen und **Religion allein als Privatsache** zu begreifen. Menschen in öffentlichen Ämtern gehen den schwierigeren Weg: sie verstehen ihre **religiöse Bindung zugleich als öffentliche Orientierung**.

Diese Berufung auf das „C“ in unserem Parteiprogramm und für viele in ihrer Weltanschauung gibt dem Denken Kategorien und Richtungen. Im Miteinander von **Politik und Religion** sind wir immer gefordert, uns auf das **Gemeinsame und das jeweils Besondere** zu besinnen.

Es ist eine hervorragende **staatsbürgerliche Tugend**, sich jenseits der privaten auch für die allgemeinen Angelegenheiten verantwortlich zu fühlen. Beides miteinander zu verbinden – **Christ und Staatsbürger** –, das ist die konkrete Verantwortung des Christen mitten in dieser Welt.

In dieser Tradition stehen wir politisch engagierten Christen, in diesem Selbstverständnis handeln wir.

Ganz im Sinne des eingangs zitierten Petrusbriefes **1 Petr. 3,15**

**„Haltet in eurem Herzen Christus, den Herrn, heilig!
Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen,
der nach der Hoffnung fragt, die euch erfüllt.“**

hat uns der ehemalige Kultusminister Bayerns, Hans Maier, genau an diese Christenpflicht erinnert, wenn er sagt:

„Das Christentum hat politisches Handeln rechenschaftspflichtig gemacht vor Gott und den Menschen.“

Ich danke Ihnen.